

Im Konjunktiv zur Kriegstüchtigkeit

SIPO-Tagung: Die deutsche Bevölkerung wirkt in einer aggressiven Welt wie ein leichtes Angriffsziel – auch weil sie ungern Vorbereitungen trifft

Florian Pfitzner

Zu den herausragenden Merkmalen der Sicherheitspolitischen und Wehrtechnischen Tagung, kurz SIPO, gehört das offene Wort. Giulio Gullotta pflegt diese Tradition in einem launigen Ton. „Es macht mich ein bisschen fertig“, erzählt der Mann mit den raspelkurzen Haaren vor 150 Fachgästen im großen Saal des Maritim Hotels Königswinter, „dass es immer noch Leute gibt, die sagen, dass der Krieg in der Ukraine 2022 begonnen habe.“ Eigentlich sei doch längst geklärt, wann die Aggression ihren Anfang nahm.

Gullotta leitet die Abteilung „Zivilschutzausstattung“ im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) und seit Februar zusätzlich kommissarisch die Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (BABZ). Während des Kaukasuskrieges im August 2008 habe die dem Bundesinnenministerium angeschlossene Behörde in Bonn-Lengsdorf bereits vor der russischen Bedrohung gewarnt, sagt Gullotta: „Achtung, die Uhr tickt!“

Obwohl sie durch die zunehmende Kriegsgefahr in Europa und die hybriden Angriffe immer wichtiger wird, steht die zivile Verteidigung in Deutschland nicht gerade hoch im Kurs, erklärt der ehemalige Offizier der Militärpolizei auf der prestigeträchtigen Tagung des Mittler Report Verlags. „Die militärische Verteidigung ist das scharfe Ende. Aber eines ist sonnenklar: Ein strategisch agierender Aggressor geht nicht auf das scharfe Ende, sondern dahin, wo der Gegner am schwächsten ist.“

Die Situation ist bereits jetzt ernst genug

Nicht im Krieg, aber auch nicht mehr im Frieden. Diese häufig herangezogene Formel zur Sicherheitslage in Deutschland wird auch auf der 38. SIPO zitiert. Der Angriff ist bereits im Gange, nicht mit Panzern und Handgranaten, sondern mit mehr oder weniger subtiler Sabotage. Ob über Flughäfen, Energieanlagen oder militärischem Gelände, unbemannte Systeme gehören längst zur hybriden Kriegsgefahr.

Der Inspekteur der Luftwaffe, Holger Neumann, warnt in Königswinter vor einer einseitigen Konzentration auf die Drohnenabwehr. „Wir haben sehr starke Aktivitäten im Cyberraum“, sagt der Generalleutnant vor dem Fachpublikum. „Wir erleben eine Renaissance des elektronischen Kampfes.“ Auch sieht Neumann die Gefahr des Einzugs einer „unkontrollierten Künstlichen Intelligenz“.



▲ „Ein strategisch agierender Aggressor geht dahin, wo der Gegner am schwächsten ist“, sagt Bevölkerungsschützer Giulio Gullotta. [Fotos: MRV/Socrates Tassos]

Bevölkerungsschützer Gullotta ist dafür zuständig, Deutschland und seine Bürgerinnen und Bürger resilienter zu machen – gegen Seuchen und Naturkatastrophen, gegen Kriege und Terrorangriffe. Aus dem Verwaltungsgebäude in Bonn-Lengsdorf heraus müsse das BBK den Menschen im Land erklären, „dass die Situation bereits jetzt so ernst ist, dass sie Notvorräte anlegen sollen, um für mindestens 72 Stunden autark zu sein“, schreiben Hauke Friederichs und Rüdiger Barth in ihrem Buch „Wenn morgen bei uns Krieg wäre“. Die Bundesbehörde müsse die Leute dazu ermutigen, „dass sie einen Notrucksack packen müssen und am besten einen Raum am Wohnort so gestalten, dass er sicher gegen Splitter und Druckwellen ist“.

Deutsche sehen im Notfall den Staat gefordert

Zögen die Menschen im großen Stil mit, wäre einiges gewonnen – das Land nähert sich der „Kriegstüchtigkeit“ lediglich im Konjunktiv. Die Deutschen sprechen nicht nur ungern über einen potenziellen Angriff, sie treffen auch äußerst ungern Vorbereitungen. Das hat die Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PwC in einer aktuellen Befragung herausgefunden. Die Ergebnisse lagen dieser Redaktion vorab vor, auf der SIPO werden sie dem Fachpublikum gezeigt.

Von den Befragten haben demzufolge 27 Prozent Vorräte angelegt, die in einem Katastrophenfall für mehrere Tage reichen. 77 Prozent sehen den Staat gefordert, um „Maßnahmen zur Resilienzbildung in der Bevölkerung“ zu ergreifen. Deutschland bespreche Sicherheit zu häufig als „optionales“ Handlungsfeld, erklärt Wolfgang Zink, Partner bei PwC und Leiter der Erhebung, am Rednerpult. Aus seiner Sicht ist die Verunsicherung greifbar. Sie zu schüren, gehöre „im Rahmen seiner hybriden Kriegsführung zu den wichtigsten Zielen des Kreml“.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe hat vor Kurzem einen aktualisierten Ratgeber herausgebracht. Darin präsentiert es sich als „verlässlicher Partner für Notfallvorsorge und Selbstschutz“. Man lernt, wie man Vorräte anlegt, Warnungen versteht und vertrauenswürdige Informationen erkennt. „Sogenannte Desinformation ist gerade in Notfällen und Krisen sehr gefährlich! Denn Desinformation kann verunsichern und dazu führen, dass Sie Situationen falsch einschätzen.“

Die Bundeswehr – lange als „Sicherheitsdienstleister“ geschätzt

Das Wort „Krieg“ hat es dreimal in den Ratgeber „Vorsorgen für Krisen und Katastrophen“ geschafft, davon einmal leicht abgeschwächt als „kriegerischer Angriff“. Seine Kolleginnen und Kollegen im Amt, erzählt Gullotta, hätten trotz politischer Bedenken gerne eine klarere Sprache zu Papier gebracht. „Krieg“, so deutlich ist die aktualisierte Fassung immerhin geworden, „scheint nicht mehr so ausgeschlossen zu sein wie noch vor einigen Jahren.“

Tatsächlich steigt in Deutschland das Bedrohungsgefühl in der Bevölkerung. Zwei Drittel (66 Prozent) der Befragten geben in der PwC-Studie an, dass sich ihr subjektives Sicherheitsempfinden in den vergangenen drei Jahren verschlechtert hat. Ebenfalls zwei Drittel (67 Prozent) sehen ob der – mitunter mutmaßlich – aus Russland gesteuerten hybriden Angriffe eine Verschlechterung der Sicherheitslage. Die Bundeswehr sei jahrzehntelang als „Sicherheitsdienstleister“ geschätzt worden, kommentiert Zink. „Inzwischen nimmt die persönliche Betroffenheit zu, zumindest gefühlt, während viele Menschen auf Abstand zur landeseigenen Armee gehen.“

Den Umfrageergebnissen zufolge haben 44 Prozent der Deutschen Angst, wenn sie Militär auf den Straßen sehen. Im Januar 2025 gaben dies lediglich 37 Prozent an. Zudem sprechen sich mittlerweile nur noch 60 Prozent für zusätzliche und schnellere Vorbereitungen auf einen möglichen russischen Angriff aus. Während einer PwC-Befragung im Jahr 2024 befürworteten 68 Prozent den Ausbau der Verteidigungsfähigkeit.

Putin und Trump prägen das Meinungsbild

Neben der russischen Aggression in Europa prägt die Außenpolitik von US-Präsident Donald Trump das Meinungsbild in Deutschland. So ist die weitgehend positive Sicht auf die NATO zuletzt weiter gesunken, von 52 Prozent im Januar 2025 auf 49 in der jüngsten Befragung. Ungefähr zwei Drittel der Befragten vermissen angesichts der vielseitigen Bedrohungslagen politische Führung (63,3 Prozent). „Damit bleibt entschlosse-

nes Handeln das Gebot der Stunde“, sagt Zink. „Während die Bevölkerung die gestiegene Bedrohung durch Russland sehr wohl registriert, lässt eine sichtbar effektive Antwort auf sich warten.“

Die Erkenntnisse aus der Befragung treffen das Motto der Tagung in Königswinter: „Zeit zu handeln – Deutschlands Sicherheit zwischen Wunsch und Wirklichkeit“. Mehr denn je sei in dieser Zeit sicherheits- und industriepolitische Klarheit gefragt, sagt Gastgeber Peter Tamm. Der Verleger zitiert eine Meldung des dänischen Auslandsnachrichtendienstes FE, der in einer Risikoeinschätzung konstatiert, dass sich Russland in einem „hybriden Krieg gegen die NATO“ befindet und weitere hybride Angriffe gegen das Militärbündnis durchführen werde, um dieses zu schwächen. Der Nachrichtendienst schätzt das



▲ Der Chef der Luftwaffe, Generalleutnant Holger Neumann, sieht die Gefahr des Einzugs einer „unkontrollierten Künstlichen Intelligenz“.

Verhalten Russlands im Ostseeraum als zunehmend provokativ ein. Mit Aktionen wie den Angriffsdrohnen im polnischen Luftraum im vergangenen Herbst versuche Moskau, die Bereitschaft der NATO zu testen.

Im Angesicht der globalen Bedrohungen sieht Bevölkerungsschützer Gullotta auch Positives. „Wir haben jetzt einen Minister, der spricht's aus, und der hat auch gleich gehandelt“, sagt er. Ein Schwerpunkt liege jetzt auf Spezialfähigkeiten wie der Abwehr von atomaren, biologischen und chemischen Gefahren. „Es geht voran – die zivile Seite arbeitet auch.“



Zwei Tage geballte Fachkompetenz

Die Sicherheitspolitische und Wehrtechnische Tagung hat sich als hochrelevante Plattform in der deutschsprachigen Defence Community etabliert. „Die SIPO ist traditionell eine feste Größe – sowohl in der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie als auch im politischen Raum“, sagt Verleger Peter Tamm. Die jüngste Tagung am 11. und 12. Dezember 2025 in Königswinter habe erneut durch geballte Fachkompetenz gepunktet.

Die kontrollierte Aufrüstungsoffensive

SIPO-Tagung: „Kaufen, kaufen, kaufen“ – die Rüstungsindustrie wirbt für das dänische Modell und setzt auf eine Plattform, die Ziviles und Militärisches vereint

Florian Pfitzner

Einige sehen in der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie der USA ein Scheidungspapier für die transatlantischen Beziehungen – noch eine historische „Zeitenwende“, noch einen „Epochenbruch“. Dabei hätte man bereits zu Beginn des Jahres 2025 gewarnt sein können. Er persönlich habe die neue US-Regierung sofort ernst genommen, sagt Hans Christoph Atzpodien auf der Sicherheitspolitischen und Wehrtechnischen Tagung (SIPO) in Königswinter. Mit der ersten Rede des US-Verteidigungsministers Pete Hegseth vor NATO-Mitgliedern habe jeder sehen können, „dass wir als Europäer von jetzt an für unsere konventionelle Rüstung selbst zu sorgen haben“.

Aus Sicht des Hauptgeschäftsführers des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) geraten die Europäer immer mehr in die Verlegenheit, sich „irgendwo zwischen den USA und China entscheiden zu müssen“. Genau dies galt es eigentlich zu vermeiden. Xi Jinping ermöglicht Wladimir Putin die Fortführung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Insofern steht Europa in einem äußerst kritischen Konflikt mit der Volksrepublik.

Atzpodien präsentiert seine gesammelten Gedanken zur „Zeitenwende 2.0“ vor 150 Fachgästen im Maritim-Hotel in Königswinter. Er zeichnet zwei Handlungsstränge: die Geschwindigkeit der kurzfristigen konventionellen Rüstung und jene der nachhaltig angelegten gemeinsamen Rüstungsproduktion in Europa. „Wir müssen die europäischen Streitkräfte – als



▲ Bedrohungen zielten immer auch auf „eine Gesellschaft als Ganzes“, erklärt der Kommandeur der Heimatschutzdivision, Generalmajor Andreas Henne.



▲ Der Chef-Lobbyist der deutschen Rüstungsindustrie, Hans Christoph Atzpodien, wirbt für die Matchmaking-Plattform „SVI-Connect“. [Fotos: MRV/Socrates Tassos]

deutsche Industrie geht es nicht nur um die Bundeswehr – so ausstatten, dass sie ihre Zusagen gegenüber der NATO bis 2029 schaffen“, mahnt Atzpodien. Zugleich gehe es um die langen Linien, um Innovationen und Kooperationen.

Dänemark hat es in Europa vorgemacht

Wenige Tage nach Hegseths Vorstellung in Europa hat Dänemark erste Konsequenzen gezogen und den Verteidigungshaushalt aufgestockt. Ministerpräsidentin Mette Frederiksen erklärte vor dem Hintergrund der gewachsenen Bedrohung durch ein „aggressives Russland“ ihr Gebot der Stunde: „kaufen, kaufen, kaufen“. Es gebe nur eines, was jetzt zählt, und das sei Geschwindigkeit. So stellt sich Deutschlands oberster Rüstungslobbyist Atzpodien das in den Staaten Europas vor: eine Aufrüstungsoffensive für glaubhafte Abschreckung.

In den vergangenen dreißig Jahren waren größere Rüstungsausgaben nicht gerade populär. Europa hat sich unter dem zuverlässigen Sicherheitsschirm der USA eine Auszeit von der

Geschichte genommen. Dass diese Zeiten der „Friedensdividende“ der Vergangenheit angehören, hat sich mittlerweile herumgesprochen. Aus einer aktuellen Analyse der Münchner Sicherheitskonferenz geht hervor, dass die „weltpolitische Zeitenwende in der deutschen öffentlichen Meinung angekommen ist“. Die Befragten haben den Ergebnissen zufolge ihr Bedrohungsgefühl der angespannten Lage angepasst. „Nur eine Minderheit lehnt die andauernde Neuausrichtung der deutschen Sicherheitspolitik grundsätzlich ab.“

Die Frage, ob die Deutschen die Gefahren tatsächlich erkennen, beschäftigt auch die Gäste auf der hochkarätig besetzten SIPO-Tagung des Mittler Report Verlags. Generalmajor Andreas Henne, Kommandeur der Heimatschutzdivision des Deutschen Heeres, fordert ein Bewusstsein dafür, dass eine existenzielle Bedrohung nie nur die Sicherheitskräfte eines Staates angehe, sondern immer auch „eine Gesellschaft als Ganzes“.

Kritik an BVB-Mitgliedern – wegen Rheinmetall

Die deutsche Gesellschaft, auch das gehört zu den Erkenntnissen von Königswinter, reagiert weitgehend verunsichert auf die zweite oder dritte Zeitenwende. Kann ein Land führen, das ängstlich in die Zukunft schaut? „Wir müssen einfach als Gesellschaft resilienter werden“, empfiehlt BDSV-Chef Atzpodien. „Wir alle müssen uns auch im Mindset weiterentwickeln. Es darf nicht dabei bleiben, dass wir immer noch Zivilklauseln in deutschen Hochschulen haben.“



▲ Die Frage, ob die deutsche Bevölkerung die aktuellen Gefahren erkennt, beschäftigte die Gäste auf der SIPO-Tagung des Mittler Report Verlags.

Ziemlich plötzlich kritisiert Atzpodien in seiner Ansprache die Mitglieder des Fußballvereins Borussia Dortmund. Er habe „mit Entsetzen gehört“, dass der neu gewählte Präsident Hans Joachim Watzke um seine Macht beim BVB habe fürchten müssen, nur weil dieser Bandenwerbung von Rheinmetall zugelassen habe. „Dass das in unserer Gesellschaft überhaupt noch möglich ist.“ Die Gründe für Watzkes mageres Wahlergebnis bei der Mitgliederversammlung des schwarz-gelben Vereins liegen tiefer, die Stoßrichtung aber wird klar.

Wertschätzung bringt Atzpodien indes der schwarz-roten Regierungskoalition in der Hauptstadt entgegen, genauer gesagt: Wirtschaftsministerin Katherina Reiche. Die CDU-Politikern traf im Dezember in Berlin zusammen mit Verteidigungs-

nister Boris Pistorius (SPD) Interessenvertreter der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI). „Dieses Spitzengespräch dauerte leider nur eine Stunde“, erzählt der BDSV-Chef, gelohnt hat es sich trotzdem: „Danach haben die Ministerin und ich der Presse eine Matchmaking-Plattform vorgestellt.“

„Sicherheitspolitik ist jetzt auch Wirtschaftspolitik“

Die neu gegründete Plattform „SVI-Connect“ soll die Rüstungslieferketten durch geeignete Ressourcen aus anderen industriellen Branchen ergänzen. „Sicherheitspolitik ist immer jetzt auch Wirtschaftspolitik“, sagte Reiche nach dem Spitzengespräch in Berlin. Die geopolitische Lage dulde keinen Aufschub, erklärte Pistorius: „Wir wollen und müssen die Produktionskapazitäten erhöhen.“

„SVI-Connect“ soll neue Zulieferer in die Wertschöpfungsketten einbinden und so die Wertschöpfungskette selbst stabiler gestalten. Der BDSV habe die Anregung zu der vom Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf, Logistik (BME) erarbeiteten und jetzt auch politisch geförderten Initiative gegeben, sagt Atzpodien in Königswinter. „Ich kann nur hoffen, dass die Plattform gut und konsequent genutzt wird. Da macht’s die Masse.“

Die Hoffnung scheint begründet. Es sei für ihn eine der herorstechenden Erfahrungen des Jahres 2025, dass „Hunderte, wenn nicht Tausende von Unternehmen in Deutschland aus unterschiedlichsten Motiven sagen: Wie kann ich denn bei Rüstung mitmachen?“ Dabei handele es sich um Automobilzulieferer, Interessenten aus dem Maschinen- und Anlagenbau sowie aus der chemischen Industrie. „Wir sind in den letzten Monaten mit vielen Verbänden im Gespräch gewesen“, sagt Atzpodien. „Immer die Frage: Wie können wir uns einbringen?“

„SVI-Connect“ wirke wie ein „digitaler Turbo“

Die Matching-Funktion auf der Plattform startet am 1. Januar 2026. „SVI-Connect“ könne angesichts der „Zeitenwende 2.0“ einiges leisten, sagt der Rüstungsvertreter am Rednerpult. Unternehmen, die bisher über keine Erfahrungen im Verteidigungsbereich verfügten, könne sie allerdings nicht davon befreien, sich parallel aus eigener Kraft für einen Platz in den Rüstungslieferketten vorzubereiten und zu qualifizieren. „Die Plattform kann vermitteln“, betont Atzpodien. Eigeninitiative bleibe jedoch das Kernmerkmal erfolgreicher Unternehmen.

Die ersten Rückmeldungen fallen positiv aus, wenngleich der eine oder andere große Hürden bei den geforderten Sicherheitszertifizierungen kritisiert. Kerstin Vieregge, die neue Vorsitzende des Netzwerks Nationale Sicherheit der CDU, sieht in „SVI-Connect“ den „richtigen Schritt zur richtigen Zeit“, erklärt sie im Gespräch: „Um glaubhafte Abschreckung zu gewährleisten, brauchen wir eine Industrie, die schnell skaliert.“

Politik und Wirtschaft fahren die Geschwindigkeit konventioneller Rüstungsprojekte hoch. Die neu gegründete Plattform wirke wie ein „digitaler Turbo“, sagt Verteidigungspolitikerin Vieregge, der Angebot und Nachfrage unbürokratisch zusammenbringt. Nun gehe es darum, gezielt den starken Mittelstand und zivile Branchen einzubinden. „So machen wir technologische Kompetenzen für die Verteidigung nutzbar und stärken unsere Resilienz.“

